



## Liebe Leserinnen, liebe Leser!

800 Millionen Euro jährlich fließen im Schnitt durch die Vergabe von Hermes-Bürgschaften und Garantien an deutsche Unternehmen in den Bundeshaushalt. Das geht aus einem Bericht des Bundesrechnungshofes vor, aus dem die *Wirtschaftswoche* zitiert. Demzufolge haben die Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen die tatsächlichen Ausfallzahlungen in den vergangenen 22 Jahren um 17,4 Milliarden Euro überschritten.

Man sollte meinen, dieses Plus fördere Flexibilität und die Bereitschaft, Deckungen auch für Märkte zu übernehmen, zu denen die deutschen Firmen noch stärker Zugang finden müssen – etwa in Afrika. Doch die Aussichten auf eine Lockerung der Vergabepaxis für afrikanische Staaten bleiben vage. Auf unser Drängen hin bewegt sich zwar einiges. So wird derzeit für sieben Länder in Subsahara-Afrika eine flexiblere Gewährleistung geprüft. Ob es dazu kommt, bleibt offen.

Anderswo geschieht mehr. Sogar Nachbarn wie Österreich oder Dänemark vergeben für Projekte in Afrika bereits Garantien in erheblichem Umfang. In Deutschland werden für Geschäfte mit dem öffentlichen Sektor in den meisten afrikanischen Staaten dagegen noch immer gar keine Deckungen gewährt. Das ist ein großes Problem – vor allem für Firmen aus dem Infrastrukturbereich, in dem fast alle Ausschreibungen aus staatlicher Hand kommen. Hier geht inzwischen viel Geschäft am Standort Deutschland vorbei – sehr zum Nachteil des Bundeshaushaltes, dem das Finanzministerium mit seiner restriktiven Hermes-Politik für Wachstumsländer nur vordergründig einen Gefallen tut.

Für uns ist dies ein Grund, die Finanzierung des Auslandsgeschäfts auch in diesem Jahr zu einem Schwerpunktthema unseres Deutsch-Afrikanischen Infrastrukturforums zu machen. Sie sind herzlich eingeladen daran teilzunehmen – kommen Sie am 3. und 4. Dezember nach München.

Viel Spaß bei der Lektüre!

 **Christoph Kannengießer**  
Hauptgeschäftsführer